



PDS 2006



Seite 3

Gegen Rechts



Seiten 4-5

PDS-Parteitag



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Lehmann unter Druck



Der Fokus der letzten Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) lag auf der beantragten Abwahl des Stadtrates für Gesundheit und Soziales Johannes Lehmann (SPD). Seit geraumer Zeit sorgt das Geschäftsgebaren des Stadtrates für große Unruhe innerhalb der BVV. Seit längerem ist die Entwicklungsplanung für die bezirklichen Seniorenfreizeitstätten fällig. Die PDS hatte mehrfach auf die Erfüllung der Aufgaben gedrängt. Ebenso sorgt die Umsetzung von Hartz IV und die Errichtung des neuen Jobcenters für Aufregung. Handfeste Konzepte von Sozialstadtrat Lehmann lassen weiter auf sich warten.

Das größte Problem ist jedoch der entstandene Haushaltsschaden im Sozialbereich in Höhe von 4,25 Mio. Euro. Obwohl das Defizit im Sozialamt schon länger bekannt ist, wurde das Unheil erst nach mühseliger Kleinarbeit aufgedeckt. Das

Sozialamt arbeitete teilweise nicht mit dem hausinternen Computerprogramm. Zahlungen an Sozialhilfeempfangende wurden so nicht nachvollziehbar gebucht. Dies ist jedoch Voraussetzung dafür, dass die Bezirke durch den Senat die Ausgaben für Sozialhilfe erstattet bekommen. So hat Pankow nunmehr ein Defizit aus dem Haushaltsjahr 2003, das wir im Jahr 2005 auflösen müssen.

Wegen dieses Skandals sprachen bereits im September alle Fraktionen der BVV Stadtrat Lehmann (SPD) ihre Missbilligung aus. Bündnis 90/Die Grünen stellten auch noch einen Abwahlantrag gegen Lehmann. Dieser Antrag wurde in erster Lesung in der BVV am 18. Oktober behandelt.

Auf dieser Tagung forderten zudem PDS und SPD den Sozialstadtrat auf, umgehend sicherzustellen, dass ab sofort ordnungsgemäß

gearbeitet, die gemachten Fehler korrigiert werden und mit der Senatsverwaltung für Finanzen über einen Ausgleich für den entstandenen Schaden verhandelt wird.

Die zweite Lesung des Abwahlantrages stand am 10. November auf der Tagesordnung der BVV. In einem mehrstündigen Schlagabtausch wurde die Abwahl diskutiert. Leider hat es Stadtrat Lehmann bis heute nicht verstanden, um das Vertrauen der Bezirksverordneten zu werben und Fehler einzugestehen. Für die Abwahl eines Stadtrates wird eine Zweidrittelmehrheit benötigt. Erwartungsgemäß stärkten die 17 Verordneten der SPD als zweitstärkste Fraktion in der BVV den Rücken ihres Stadtrates. Der Abwahlantrag scheiterte.

Trotzdem: Der Druck auf Johannes Lehmann wächst.

Sascha Kummer
Bezirksverordneter

Fallensteller enttarnt



Dass die Debatte über die Umsetzung von Hartz IV Fallen und Fußangeln für die PDS nicht nur auf Landesebene bereithält, sondern dass zusätzliche Fettöpfe auch in den Bezirken aufgestellt werden würden, war absehbar. Als ob die absurde Diskussion, warum denn eine an

Landesregierungen beteiligte PDS nun auch das neue SGB II umsetzen müsse, nicht schon Strafe genug wäre – gerade so, als würde es das Dosenpfand in Bayern nicht geben – versuchen in Pankow vor allem die Grünen davon abzulenken, dass auch ihre Parteioberen im Bundestag für dieses verfluchte Gesetz gestimmt haben. Vor der Hand bedienten sie sich dazu eines auf den

ersten Blick unverfänglichen Mittels: Vermittels eines BVV-Antrags sollten Konzepte für sogenannte „Kommunale Beschäftigungsmöglichkeiten“ durch das Bezirksamt vorgelegt werden. In einer gemeinsamen Sitzung diskutierten darüber am 27. Oktober die Ausschüsse für Gesundheit und Soziales sowie für Wirtschaft und Öffentliche Ordnung. Im Vorfeld hatte die PDS-Fraktion mehr als vierzehn Tage lang darüber beraten, ob und wie der Grünen-Antrag präzisiert und – in unserem Sinne – verbessert werden könne.

Ergebnis dieser Diskussionen war die Erkenntnis, nicht in folgende Falle zu tappen: Angesichts der chaotischen Umsetzung von Hartz IV fällt es den nicht am Bezirksamt beteiligten Grünen leicht, bei absehbaren Schwierigkeiten mit der Errichtung des Jobcenters im Bezirk mit den Fingern auf den sozialdemokratischen Sozialstadtrat zu zeigen; und im Falle der absehbaren

Schwierigkeiten bei „Kommunaler Beschäftigung“ ebenso auf die von der PDS nominierte Wirtschaftsstadträtin.

Mit dieser Argumentation setzte sich die Fraktion in der gemeinsamen Ausschusssitzung durch. Hilfreich dafür war aber auch die an Ort und Stelle geführte Diskussion mit einem Vertreter der Arbeitsagentur. Der machte nämlich unmissverständlich klar, dass bei der Umsetzung vor Ort die Bezirksverordneten natürlich Ideen haben könnten – in Nürnberg, wo die Entscheidungen fallen, diese Einreden aber höchstens viert- oder fünftrangig wären.

Vor diesem Hintergrund stehen vor den Bezirksverordneten Grundsatzfragen, bevor wir – alle samt – an Details herumpolken können. Wie weit diese Erkenntnis bei den anderen politischen Mitspielern trägt, wird sich erweisen.

Wolfram Kempe
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Hauptversammlung mit Schwerpunktsetzung

Nur eine Frage der Strategie?

Noch längstens 21 Monate, dann sind Neuwahlen in Berlin. Der Endspurt um die Umsetzung unserer Ziele für die Legislaturperiode hat begonnen. Nicht zum ersten Mal zog die Hauptversammlung zu ihrer 3. Tagung am 23. Oktober 2004 eine Zwischenbilanz der politischen Arbeit in Berlin und im Bezirk auf der Grundlage der von der PDS Berlin Drei beschlossenen Wahlaussagen.

Im Ergebnis unserer Zwischenbilanz sind bei allen Belastungen durchaus Erfolge zu benennen – Öffentlichkeit der BVV, Frage- und Antragsrechte auch für Bürgerinnen und Bürger, Transparenz in und Beteiligung an Planungen der kommunalen Infrastruktur, Förderung von Genossenschaften, Erhalt der bezirklichen Märkte u.v.a.m. –, doch gelingt es der PDS nur unzureichend, ihre Politik auch öffentlich zu machen. Wir müssen unsere Anstrengungen um Transparenz und Bürgernähe verstärken.

Dabei sind die kommunalpolitischen Herausforderungen der PDS unter den Bedingungen der Berliner Haushaltsnotlage immens geworden. Auch die Folgen der rot-grünen Bundespolitik, die Städte und Gemeinden bundesweit verarmen lässt und Sozialabbau per Gesetz durchsetzt, wirken in unserem Bezirk wie im Land gravierend.

Mit kritischem Blick auf die Politikfähigkeit der Bezirks-PDS beschloss die 3. Tagung der Hauptversammlung Schwerpunkte für die politische Arbeit bis 2006. Die Orientierung auf diese Schwerpunkte soll vor allem die Kooperation zwischen Bezirksverband, Bezirksvorstand, Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, der BVV-Fraktion und den Mitgliedern des Bezirksamtes verstärken.

Wir wollen die politische Wirksamkeit der PDS im Bezirk in der Umsetzung unserer Wahlaussagen erhöhen, das Profil der PDS schärfen und unsere Kräfte zu wirksamen Aktionen in der Öffentlichkeit bündeln. Die gezielte Zusammen-

arbeit anhand konkreter, abrechenbarer Projekte kann und wird unsere politische Arbeit einerseits effizienter gestalten, andererseits aber auch kompetenter werden lassen. Wir wollen dabei die Verantwortung nicht verwischen, vielmehr besser sicherstellen, dass dort, wo verantwortlich entschieden werden soll, auch die gesamte Kompetenz der Partei zum Tragen kommt. Zugleich wollen wir die Transparenz unserer Politik erhöhen und die Öffentlichkeit bei der Entscheidungsfindung stärker einbeziehen.

In fünf Projektgruppen arbeiten nun Mitglieder des Bezirksvorstandes, der BVV-Fraktion, Abgeordnete, Stadträte und interessierte GenossInnen aus Basisorganisationen des Bezirks:

Soziale Gerechtigkeit ist modern. Die PDS Berlin Drei will stärker in die Auseinandersetzung mit der unsozialen rot-grünen Bundespolitik treten und für ihr Gegenkonzept „Agenda sozial“ werben. Die Umsetzung der „Hartz-Gesetze“ im Bezirk hat längst begonnen, derzeit steht die Arbeitsfähigkeit der neuen Behörde im Vordergrund, im Interesse der Betroffenen, die ihnen zustehende Hilfen und Leistungen auch ohne Verzögerungen erhalten sollen. Dabei wollen wir den Betroffenen helfen, sich im Hartz-Paket zurecht zu finden. Aber wir werden die Gesetzesmacher auch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, nicht vergessen, wer in Bundestag und Bundesrat die Stimme für den Sozialkahltschlag gegeben hat.

Es ist eine Stärke der PDS Berlin Drei, dass sie trotz Haushaltsnotlage Konzepte zum Erhalt der Angebote hat, um in den Bereichen Jugend, Kultur und Bildung eine Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Dabei verfolgt die PDS eine Haushaltspolitik, die Mittel im Bezirk gezielt zugunsten kommunaler Infrastruktur umverteilt. Doch der Rahmen dieser Umverteilung ist endlich. Noch 2003 ist es mit einer Umverteilung von



Das Schiff zur Rettung der Unschuld der Kunst.

600.000 Euro zugunsten Kultur- und Bildung gelungen, die bestehenden Angebote zu sichern. Trotz bereits erheblicher Umstrukturierung zur Straffung der Angebote werden dafür 2005 bereits 3,2 Mio. Euro notwendig. Die Budgetierung zwischen den Berliner Bezirken bestraft uns zusätzlich für das Vorhalten bezirklicher Kulturarbeit. Hier wollen und müssen wir auf der Landesebene ein Umsteuern erzwingen. Nicht nur Strukturplanungen sondern auch diese politische Auseinandersetzung wollen wir mit Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam führen.

Für den Bezirk wie auf der Landesebene ist Buch einer der wichtigsten Entwicklungsschwerpunkte als Gesundheits-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, aber auch eine Region mit sich zuspitzenden sozialen Konflikten.

Weitere Schwerpunkte bilden die Projekte „Pankow Packt´s“ sowie „Profil zeigen – PDS vor Ort“, dazu mehr auf den folgenden Seiten...

Michael van der Meer
PDS-Fraktionvorsitzender

Die Schwerpunkte im Internet:
www.pds-berlin-drei.de/hv/

Pankow packt's

PDS: Stark gegen Rechts



Pankow und Treptow-Köpenick sind die beiden Bezirke mit der höchsten Anzahl rechter Gewaltstraftaten. Ein Zufall? Eher nicht. Mitglieder der radikalen Berliner Alternative Südost (BASO) unter der Führung von René Bethage, einem ehemaligen Mitglied des Landesvorstands der NPD, unterstützen bereits tatkräftig die Freien Kameradschaften. Dies zeugt davon, dass die mit Blick auf die Bundestagswahlen 2006 verabredete Zusammenarbeit von NPD, DVU und Freien Kameradschaften in Pankow schon praktiziert wird. Die „Drei-Säulen-Strategie“ der NPD wird hier mit „kameradschaftlicher“ Unterstützung längst umgesetzt.

Den „Kampf um die Straße“ übernehmen die Freien Kameradschaften. Unverhohlene Gewaltandrohung und -anwendung, Aufkleberwellen mit Forderungen wie „Deutsche kauft nur bei Deutschen“ gehören zu ihrem Repertoire.

Der „Kampf um die Köpfe“ wird bspw. über die mittlerweile in jedem Pankower Ortsteil existierenden „Naziläden“ geführt. Dort gibt es vieles von dem, was ein Neonazi – oder einer der es werden will – so braucht. Bekleidung mit entspre-

chenden, oftmals verschlüsselten Botschaften, CD's, Literatur und mehr.

Der „Kampf um die Parlamente“ ist die dritte Säule ihrer Strategie. Eine weitaus offensivere und flächendeckendere Werbung zu den letzten Wahlen verdeutlicht die Bemühungen der NPD, in demokratischen Gremien Fuß zu fassen. Zudem sucht sie gemeinsam mit den Kameradschaften Anknüpfungs- und Diskussionsmöglichkeiten in und mit öffentlichen demokratischen Gremien. Es wird offensiv die Diskussion mit dem Bezirksamt und der Politik gesucht, sich in Bürgerinitiativen eingebracht, um diese später für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. So wollen sie gesellschaftsfähig werden.

Vorsicht und Aufmerksamkeit sind deshalb geboten. Nicht zuletzt deshalb sollte sich die PDS auch verstärkt in außerparlamentarischen Gremien engagieren. Außerdem bleibt es wichtig, die weitere Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (www.aktionsplan-pankow.de) im Bezirk zu begleiten. Dafür brauchen wir noch mehr Menschen – in

und außerhalb der PDS. Projekte – wie die Patenschaften über Gedenktafeln für Gegner und Opfer faschistischer Gewalt oder die ideelle und finanzielle Unterstützung der Aktion Stolpersteine – sind für alle Altersgruppen eine mögliche Form des Engagements. Wir wollen deutlich machen, dass wir den Nazis die Pankower Straßen nicht überlassen.

Weiterhin werden wir Informationskampagnen im Öffentlichen Personennahverkehr durchführen. Wir wollen denjenigen Hilfestellung geben, die ZeugInnen von Straf- und Gewalttaten werden. Denn Opfer rechter Gewalt berichten zu oft von der unbegreiflichen Tatenlosigkeit Umstehender. Dem wollen wir entgegenwirken. Diesem Anliegen dienen auch Informationsstände und die Weitergabe von Hintergrundinformationen in Kooperation mit den MigrantInnenorganisationen. Denkbar wäre auch eine Ausweitung und qualitative Neuaufgabe der Aktion Noteingang.

Es ist an uns, dem gesellschaftlichen Rechtsruck wirkungsvoll entgegenzutreten. Jeder einzelne ist mit seinen Möglichkeiten gefragt.

Ines Pohl
Bezirksverordnete

Stolpersteine gegen das Vergessen



Der Schoß ist noch fruchtbar, aus dem der Faschismus entstand. Fremdenfeindliche Übergriffe, Bedrohungen gegenüber Linken und Aufmärsche von Neonazis sind

schlimme, fast jeden Tag erlebbare Tatsachen.

Deswegen wollen wir den Kampf gegen das Vergessen führen. Eine dieser Möglichkeiten ist das Einfügen von „Stolpersteinen“ in den Bürgersteig vor denjenigen Häusern, aus denen Naziopfer zur Vernichtung geführt wurden. Sie sollen an die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft erinnern: an Sinti und Roma, Homosexuelle, an politisch Verfolgte und Juden.

Der Kölner Künstler Gunter Demming schuf diese kleinen rund zehn mal zehn Zentimeter große Messingplatten. Auf ihnen stehen der Name, der Geburts- und Todes-tag sowie das Deportationsdatum.

Diese Messingplatte wird an einem Stück Beton befestigt und dann in den Bürgersteig eingelassen. Deswegen müssen die Stolpersteine durch das Tiefbauamt genehmigt werden. Aber das Bezirksamt hat seine unbürokratische Kooperation zugesagt.

Ein Stolperstein gegen das Vergessen kostet 95 Euro. Erste Steine wurden auch schon in unserem Bezirk in die Gehwege eingelassen. Schließen wir uns dieser Aktion an. Lasst uns an vielen Stellen in Pankow an die Namen der Opfer der Faschisten erinnern und helft sie zu bewahren.

Joachim Hildenstein
Bezirksverordneter

Pankow gegen Nazis

Rote Karte gegen Rechts

extraDrei sprach mit Christine Keil (PDS), Stadträtin für Schule, Jugend und Sport:

Christine, in welchen Bereichen gibt es rechte bzw. fremdenfeindliche Tendenzen?

Es gibt in allen Bereichen, in denen ich zuständig bin, Probleme – in den Jugendfreizeiteinrichtungen genauso wie im Sportbereich. Am gravierendsten zeigen sich die Probleme in den Schulen.

Wie äußert sich das?

In der Hauptsache sind es verbal vorgetragene ausländerfeindliche Äußerungen. Aber es gibt auch handfeste rechte Tendenzen im Bezirk.

Wie sensibilisierst Du als Stadträtin für diese Probleme?

Ich arbeite gemeinsam mit meiner Verwaltung und der Senatsverwaltung für Bildung erst einmal daran, dass solche Vorfälle benannt und erfasst werden. Da gab es bei eini-

gen Schulleitern Widerstände. Wir brauchen aber ein offenes Klima an den Schulen und den Willen, auch Probleme mit Rechten sehen zu wollen. Zudem war anfänglich die Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport schwierig: Mir wurde entgegengehalten, dass ich als Stadträtin nur für schulorganisatorische Angelegenheiten zuständig sei.

Was machst Du, damit das Engagement gegen rechte Umtriebe an Schulen verstärkt wird?

Ich habe eine Initiative gestartet, um gemeinsam mit den Schulleitern Ideen zu entwickeln, was an den Schulen gegen Rechts getan werden kann. Dazu kommt, dass wir den Schulen einen Überblick über Projekte geben, die sich bereits gegen Rechts engagieren, wie zum Beispiel Civitas oder die Geschichtswerkstatt am Camille-Claudel-Gym-

nasium. Wir schulen die Lehrer, damit sie in der Lage sind, rechte Subkultur – bspw. anhand von Kleidung – zu erkennen und sich auch argumentativ mit rassistischen, faschistischen und antisemitischen Sprüchen auseinander setzen zu können. Und wir haben für das nächste Jahr zusammen mit dem Bezirksschülerausschuss ein Projekt „Demokratie lernen an Schulen“ entwickelt.

Welche Anstrengungen gibt es bei den Jugendfreizeit- und Sporteinrichtungen gegen Rechts?

Im Jugendbereich liegt der Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit. Dazu wollen wir viele Aktivitäten rund um den 8. Mai entwickeln. Und auf den Sportplätzen und in den Turnhallen kriegen rechte Sprücheklopfer und diejenigen, die handgreiflich werden, einen Platzverweis.

Interview: Sandra Brunner



Vorgestellt: VVN-BdA

Im Großbezirk gibt es zwei Kreisorganisationen der Landesvereinigung Berlin der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten): die VVN-BdA Pankow und den BdA Weißensee-Hohenschönhausen sowie drei Basisgruppen der aus den Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR hervorgegangenen „Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (BVVdN).

Die Gruppen arbeiten kameradschaftlich zusammen. Die VVN-BdA will dabei eine generationsübergreifende Organisation als Bindeglied zwischen den noch lebenden verdienstvollen Kämpfern gegen den Faschismus und den nachfolgenden Generationen politisch aktiver junger Menschen sein. Sie widersetzt sich den Erscheinun-

gen des Neofaschismus, des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus. Sie eint der noch nicht eingelöste Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Insbesondere vor dem Hintergrund des 60. Jahrestages der Befreiung im kommenden Jahr sehen wir unsere wichtigste Aufgabe darin, gemeinsam mit anderen die Erinnerung an das Geschehen der Jahre 1933 bis 1945 wach zu halten. Wir wollen uns an die Menschen erinnern, die den Mut zum Widerstand hatten und unseren Widerstand denjenigen entgegensetzen, die versuchen, die Geschichte umzudeuten. Gespräche mit Zeitzeugen, antifaschistische Aktionswochen und Spaziergänge, die Pflege von Gräbern auf dem jüdischen Friedhof und die Erforschung jüdi-



schen Lebens, der Kampf um den Erhalt von Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer und von Gedenktafeln im öffentlichen Raum sind dabei bewährte Aktionsformen. Die VVN-BdA initiierte auch den „Förderpreis für antifaschistische Jugendsozialarbeit“.

Michael Landmann
VVN-BdA Weißensee-Hohenschönhausen

PDS-Bundesparteitag: Strategie bis 2006

Fast filmreifer Auftritt



Für die Delegierten und Gäste war der Bundesparteitag Ende Oktober im Babelsberger Filmpark schon mit einigen Anstrengungen verbunden. So zogen sich Wahlen und Abstimmungen zum Leitantrag am Sonnabend bis in die Nacht und die räumlichen Bedingungen zwangen zur Freiluftverpflegung trotz Kälte und Nässe. Daran gemessen ist das Ergebnis dieses Parteitages aber positiv zu bewerten.

Allein die Tatsache, dass der als arbeitsfähig bewertete Vorstand in wichtigen Positionen wieder bestätigt wurde und mit Jan Korte, der sich um die Hochschulgruppen in der PDS-West große Verdienste erworben hat, ein junges Gesicht neu in den Vorstand gewählt wurde, bietet die Chance, die Arbeit inhalt-

lich zu vertiefen und Debatten darum in der Gesamtpartei voranzubringen. Elke Breitenbach, die von der Berliner PDS nominiert war, erhielt mit einem guten Ergebnis Anerkennung für ihre bisherige Arbeit, insbesondere in Bezug auf die Entwicklung der Agenda Sozial.

Mit dem Leitantrag hat sich die PDS nach der Verabschiedung ihres Programms nun auch eine Basis für die weitere strategische Debatte gegeben. Unstrittig war dabei, dass die Regierungsbeteiligung eine Seite eines strategischen Dreiecks ist, dessen zwei anderen Seiten Opposition und außerparlamentarischen Widerstand sowie die Formulierung gesellschaftlicher und systemüberwindender Alternativen

sind. Dabei ist der Mehrzahl der Delegierten klar, dass diese Strategie auch Spannungen und Widersprüche einschließt, die weiter diskutiert werden müssen.

Am Sonntag stand ein Antrag zur Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs im Mittelpunkt. Nach meiner Einschätzung waren sich Befürworter wie

Gegner des Antrages in der Kritik an Aufrüstungs- und Militäreinsatzvorgaben sowie Privatisierung der Daseinsvorsorge einig. Strittig ist, inwieweit mit einer Ablehnungskampagne die positiven Ansätze einer europäischen Verfassung, für die die PDS im Konvent gestritten hat, wie die Festschreibung sozialer Standards und erheblich mehr Rechte für das Europäische Parlament sowie die Verbindlichkeit der Menschenrechtscharta, überhaupt noch wahrgenommen werden. Es wird auch nicht einfach werden, mit verkürzten Parolen die notwendige Abgrenzung zu rechten nationalistischen EU-Gegnern zu beschreiben, um deutlich zu machen, dass die PDS für eine europäische Gemeinschaft und für eine Verfassung ist – nur eben für eine andere.

Auch Gregor Gysi warnte in einer – wie immer – leidenschaftlichen Rede vor einer Pauschalablehnung des Verfassungsentwurfs. Einem leicht geänderten Vorschlag zu einer solchen Kampagne wurde schließlich mit großer Mehrheit dennoch zugestimmt. Die darin ebenfalls geforderte Initiative für ein Referendum ist von der PDS-SPD-Koalition in Berlin bereits vor dem Parteitag umgesetzt worden.

Marion Seelig
Bundesparteitagsdelegierte



Lebensraum statt Hubraum

Am 24. November startete die PDS-Fraktion ihre Veranstaltungsreihe „PDS vor Ort“. Unter dem Motto „Lebensraum statt Hubraum“ stellten sich die demokratischen Sozialisten den Fragen der Weißenseer Bürger. Die soziale Infrastruktur, die Anbindung des Weißenseer Zentrums an den Öffentlichen Personennahverkehr, die Zukunft des Kulturhauses Peter Edel sowie die Einzelhandelsentwicklung in der Berliner Allee standen ganz oben auf der Fragenliste.

Michael van der Meer, PDS-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wies in seinem Impulsbeitrag insbesondere auf die steigende Anzahl älterer Bürger in Weißensee hin. Für diese Gruppe seien zu wenig soziale Angebote vorhanden.

Kritisiert wurde in der Debatte die Abkoppelung der Pasedagplatz von der Straßenbahnlinie 2. Auf Unverständnis stießen auch die im nächsten Jahr geplanten Baumaßnahmen in der Berliner Allee. Eine Vertreterin der IG City, dem Zusammen-

schluss der Händler, beklagte schon jetzt den drohenden Umsatzausfall.

Kulturstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) betonte auf Nachfrage, dass sich sowohl die PDS, die BVV als auch das Bezirksamt sich für den Erhalt des Kulturhauses „Peter Edel“ ausgesprochen haben. Daran werde sie festhalten, obwohl das Geld für die bauliche Unterhaltung noch nicht gesichert sei. Der Bezirk verfügt derzeit über keine Haushaltsmittel für dessen denkmalgerechte Sanierung.

Sandra Brunner

Brandenburger Oppositionsführerin zu Gast

Enkelmann in Karow

Der Saal im Hotel Alt-Karow war bis zum letzten Platz besetzt. Die Ankündigung, dass Dagmar Enkelmann kommt, füllte der Karower PDS das Haus.

Das Thema, „Die PDS zwischen sozialem Protest und Regierungsverantwortung“, sollte den Bogen vom jüngsten Wahlerfolg in der Mark und der rot-roten Realität Berlin spannen. Die Brandenburger, so eröffnete die Moderatorin Katja Haese vom PDS-Bezirksvorstand, hätten offenbar eine „klare Rollenverteilung“ bei der Wahl im Kopf gehabt: „Die PDS zum Protestieren und die SPD zum Regieren.“ Dem entgegnete Dagmar Enkelmann, dass die Mehrheit zwar Platzeck als Ministerpräsidenten behalten wollte, die Koalition mit der CDU jedoch an Akzeptanz verloren hat. Die SPD hat bei den anschließenden Sondierungsgesprächen stark das Trennende in den Vordergrund gestellt. Das betraf nicht nur das Hartz IV -Thema, sondern auch die Bildungspolitik. Wenn einige den Ausstieg der PDS aus den Sondierungsgesprächen bejubelten, dann erinnere sie daran, dass 70 Prozent

der PDS-Wähler klar für eine Regierungsbeteiligung der PDS optieren. Da habe es „viele enttäuschte Briefe“ gegeben.

„Während die PDS in Brandenburg auf den Schwingen der Anti-Hartz-IV-Protest einen glänzenden Wahlsieg errang, schlägt sich die Berliner mit einem Haushaltsnotstand herum, der in Deutschland nicht seinesgleichen hat“, fuhr Haese an den Berliner PDS-Abgeordneten Marian Krüger gewandt fort. „Verliert man da nicht die Lust am Regieren?“ Krüger widersprach dieser starren Gegenüberstellung von Oppositions- und Regierungspolitik. Die PDS habe in Berlin die Anti-Hartz-IV-Proteste unterstützt und dabei „den offenen Streit mit Wowereit und der SPD nicht gescheut.“ Das Agieren der Berliner PDS zu Hartz IV sei im Brandenburger Wahlkampf „sehr hilfreich“ gewesen, bestätigte Enkelmann.

Die PDS hat unter den schwierigen finanzpolitischen Bedingungen eine ganze Menge erreicht, so Krüger. Das größte Krankenhausunternehmen Europas, „Vivantes“ wurde in öffentlicher Hand erhalten,

Rot-Rot senkt die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst, wohingegen im Rest der Republik eine neoliberale Offensive zur Arbeitszeiterhöhung laufe. Gerade in Krisenzeiten könne sich die PDS nicht darauf beschränken, zu protestieren, sondern müsse auch etwas durchsetzen. Dazu folgte die Frage, ob die PDS nicht widersprüchlich agiert, wenn sie einerseits gegen Hartz IV demonstriert und es andererseits auf Landesebene umsetzt. Hierzu stellte Krüger fest, dass die PDS in Berlin an einem kommunalen Beschäftigungsprogramm arbeite. Dazu sei man auch bereit, sich mit Sarrazin anzulegen. Die Frage der Umsetzung ist doch letztendlich eine Frage, wie die PDS das Mögliche für die Betroffenen herausholen kann. Dagmar Enkelmann plädierte dafür, die Politik der PDS daran zu messen, wie sie unter den gegebenen landespolitischen Bedingungen etwas Praktisches für die Menschen tue. Hier habe Berlin aufgrund der Haushaltsnotlage andere Rahmenbedingungen als Brandenburg.

Richard Müller



Alltag

TIC mit Qualitätssiegel

Ein knappes halbes Jahr nach der Eröffnung des Touristen-Information-Centrus (TIC) in Prenzlauer Berg hat der Deutsche Tourismusverband e.V. (DTV) im November seine offizielle Qualitätskennzeichnung an die Besucherinformation auf dem Gelände der Kulturbrauerei verliehen. Die Titelvergabe fand in Anwesenheit der Bezirksstadträtin für Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung,

Almuth Nehring-Venus (PDS) statt. „Das TIC in Prenzlauer Berg unterstützt das Anliegen der Bezirksverwaltung, die regionalen Betriebe und Gastgewerbe zu stärken, die Kultur-, und Bildungsangebote zu vermarkten und damit

eine höhere Aufenthaltsdauer der Gäste und Besuchswiederholungen zu erzielen,“ so die Meinung der Bezirksstadträtin.

Pankower Frauenbeirat

Im September 2001 gründeten Frauen den Pankow Frauenbeirat. Mit Veranstaltungen zu „Hartz IV“ und dem Wettbewerb „Familienfreundlichen Betrieb Pankow“ machten sie inzwischen auf sich aufmerksam. Ende November legte der Frauenbeirat im Beisein von Bürgermeisters Burkhard Kleinert (PDS) Rechenschaft über die bisher geleistete Arbeit ab und formulierte zugleich Schwerpunkte für das Jahr 2005. Gesucht werden weitere Mitstreiterinnen, die sich für die

Belange der im Bezirk lebenden und arbeitenden Frauen einsetzen wollen. Tel. 90295-2305

Freie Ausbildungsplätze

Ausbildungsplätze für das im September 2005 beginnende Lehrjahr bietet das Bezirksamt Pankow an. Gesucht werden Interessenten für den Beruf der Verwaltungsfachangestellte sowie Kaufmann/-frau für Bürokommunikation. Bewerbungen sind bis zum Jahresende möglich. Auch für den Gärtnerberuf sowie als KFZ-Mechaniker kann man sich bewerben. Ende der Frist ist hier der 31. März 2005. Unterlagen sind zu richten an den Personal-service des Bezirksamt Pankow von Berlin



Die Niederlage des kleineren Übels

Betrachtungen zur US-Wahl

Die Wiederwahl des US-amerikanischen Präsidenten nach dem teuersten Wahlkampf der Menschheitsgeschichte wird Wirkungen bis in den Berliner Bezirk Pankow zeitigen. Für die Arbeit an politischen Strategien hält die Ergebnis-Analyse einige interessante Daten bereit. Zuerst einmal sollte man sich von einigen Klischees und Vorurteilen verabschieden. Die Konservativen haben den Sieg errungen, George W. Bush ist für seine zwei-

te Amtszeit demokratisch legitimiert. Bush hat nicht nur auf dem Lande und unter Evangelikalen Wähler gewonnen, sondern in allen Bevölkerungsgruppen. Auch die Hoffnung, dass sich durch die Überwindung der traditionell niedrigen Wahlbeteiligung die politischen Kräfteverhältnisse ändern ließen, hat sich als irrig erwiesen. Demokraten wie Republikaner suchten durch die intensive Registrierung der (Neu-)Wähler ihr Potential zu beleben – im Ergebnis ein Patt.

Vor allem war es die Wahl für oder gegen ein Ende der Präsidentschaft George W. Bushs. Es scheint so, als wäre das Kalkül der Bush-Administration aufgegangen, einen „Kriegspräsidenten“ zur Wiederwahl zu stellen, der Ängste schürt und zugleich Gegenmittel präsentiert. Als die Republikaner John F. Kerry vorwarfen, er vertrete eine radikal andere Position als der Präsident, sei sogar innerhalb seiner eigenen Partei ein Linksaußen, war

das Rennen fast schon gelaufen. Die Demokraten mühten sich, die ohnehin großen Gemeinsamkeiten, vor allem den sogenannten Patriotismus zu betonen.

Echte Alternativen oder gar einen neuen Weg für die USA konnten und wollten sie nicht anbieten. Zugleich führten die Demokraten eine Kampagne gegen den dritten Präsidentschaftskandidaten, Ralph Nader, dem sie anlasten, Al Gore im Jahre 2000 die entscheidenden Stimmen weggeschnappt zu haben. Im Jahre 2004 mobilisierte das liberale Establishment für das Ziel, eine weitere Amtszeit des Texaners zu verhindern. Ralph Nader, der als Kandidat gegen das korrupte Zweiparteien-System auftritt, sollte dabei nicht noch einmal stören. So entstand eine wenig überzeugende Botschaft an die Wähler: Wer eine Veränderung fürchtete, ging zur Wahl und bestätigte den Amtsinhaber. Wer den personellen Wechsel wollte, wählte das „kleinere Übel“.

Matthias Zarbock



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|---|--|---|
| 6. Dezember
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV),
im Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 15. Dezember
15 Uhr BO Kollwitzplatz: Debatte über das „Rot-Grün-Buch. Zur staatlichen Reichtumspflege in Deutschland“, mit Harald Werner (PDS-Parteivorstand), im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 18. Dezember
11 Uhr Skatrunde im Kieztreff Pistoriusstraße 24 |
| 8. Dezember
15 Uhr Weihnachtsfeier im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 16. Dezember
18 Uhr Basistag zur EU-Verfassung, mit Katina Schubert (PDS-Parteivorstand), im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 20. Dezember
18 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 17.30 Uhr 27. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Tagungssaal der BVV, Haus 7, im Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 3. Januar
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), Bezirksamt Fröbelstraße 17 | |
| 13. Dezember
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 9. Januar
Wir gehen zu Rosa und Karl. | |



Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern von extraDrei ein fröhliches Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr.

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. November 2004
Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders/der Spenderin.